JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10 TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 8	23. Januar 1919	כ״ב שבט תרע״ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Wichtige Unterredung des Präsidenten Wilson mit dem Zionistenführer Weizmann.

Dem „Jüdischen Korrespondenzbureau Bern-Zürich" wird aus London über Stockholm unterm 19. Januar gedrahtet: Präsident *Wilson* hatte am 14. Januar eine stundenlange Unterredung mit Prof. *Weizmann.* Der Präsident folgte den Ausführungen des Zionistenführers, über die Schaffung eines wahrhaft jüdischen Palästina, mit Aufmerksamkeit und äusserst grossem Wohlwollen. Er versprach Weizmann seine Unterstützung zur *Errichtung eines ganzen und in seiner Entwicklung ungehinderten jüdischen Palästina.* Der Präsident sagte ferner zu, die jüdischen Forderungen auf der Friedenskonferenz zu vertreten. Weizmann erblickt in Wilsons Zusage die Gewähr für einen Erfolg der Sache des jüdischen Volkes auf der Friedenskonferenz.

Der Pariser Korrespondent der „Times" drahtete in den letzten Tagen, dass die Juden nicht nur einen Fortschritt in der Angelegenheit der Pogrome, sondern auch einen bedeutenden Fortgang in der Palästinafrage zu verzeichnen hätten. Weizmann habe eine lange Unterredung mit Wilson und *Balfour* gehabt, deren Ergebnis gewesen wäre, dass gewisse *Missverständnisse* der letzten Zeit bezüglich der Schaffung der nationalen Heimstätte der Juden in Palästina, beseitigt worden seien.

Die Japanische Regierung für den Zionismus.

Der japanische Gesandte in London veröffentlicht namens seiner Regierung folgende Erklärung: „Die japanische Regierung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Bestrebungen des Jüdischen Volkes auf Erlangung eines nationalen Heimes in Palästina und sieht der Verwirklichung dieser Wünsche, entsprechend den projektierten Vorschlägen, mit wohlwollendem Interesse entgegen". Eine gleiche Erklärung liess die japanische Regierung der zionistischen Organisation in Shanghai zugehen.

Einzelheiten über den Pogrom in Berditschew.

Der Warschauer „Hajnt" berichtet: Sonntags kam eine Militärabteilung, angeblich aus Galizien, nach Berditschew. Die gut bewaffnete Bande trug rote Mützen. Huligane der hiesigen Besatzung schlossen sich diesen Banditen an und begannen die jüdische Miliz zu entwaffnen. Wer Widerstand leistete wurde an Ort und Stelle erschossen. Um 12 Uhr mittags begann der Pogrom. Die Banditen zogen von Haus zu Haus und plünderten was sich nur rauben liess. Aus den erbrochenen Läden führten sie die Waren auf Wagen davon. Jüdische Fuhrleute wurden gezwungen, die geplünderten Waren auf die ihnen angewiesenen Orte zu führen. Diese Fuhrleute fand man dann ermordet auf. Man wollte unbequeme Zeugen entfernen, die den Versteck der geraubten Waren hätten angeben können. Hauptsächlich wurde die Berditschewer Strasse zerstört, wo sich die meisten Geschäfte befinden. Die Zahl der Opfer ist nicht gross, dagegen schändeten die Pogromhelden viele jüdische Frauen. Das Hauptmorden fand am Bahnhofe statt. Vielen Bewohnern Berditschews war es mit grosser Mühe gelungen auf den Bahnhof zu gelangen, um von dort aus zu flüchten. Zwischen 6 und 7 Uhr umringten die Banden den Bahnhof. Ein Teil von ihnen begann, die Juden in die Stadt zurückzutreiben. Die Mörder stellten die Soldaten in zwei Reihen auf und trieben die Juden durch diese Reihen in die Stadt. Die Soldaten nahmen ihnen alles ab, was sie besassen: Pakete, Geld und Kostbarkeiten, worauf sie auf die flüchtenden Juden in der Finsterheit schossen. Viele fielen den Kugeln zum Opfer, darunter auch Frauen. Die Zahl der Opfer ist noch nicht genau bekannt, auf jeden Fall ist die von den polnischen Warschauer Zeitungen angegebene, übertrieben. Der Pogrom dauerte auch über den Montag. Die Banditen fuhren dann ab, um wo anders ihr verbrecherisches Werk fortzusetzen. Dunkle Elemente überfielen jedoch weiterhin die jüdischen Wohnungen und Geschäfte. Montag und Dienstag setzten sie nachts ihr Werk fort, tagsüber dagegen herrschte Ruhe. Der Militärkommandant verordnete infolge des Pogromes, dass ein jeder, der sich nach 8 Uhr abends auf der Strasse zeigt, ohne Warnung erschossen wird. Dieses verhinderte weitere Pogrome. Jetzt wird eine jüdische

Miliz organisiert, der jedoch der Militärkommandant keine Waffen ausfolgen will.

Von Berditschew begab sich ein Teil der Banditen nach Gitomir. In Berditschew weiss man jedoch nichts von den Vorgängen in Gitomir, da niemand dorthin einen Passierschein erhält. In der Stadt spricht man, dass auch in Gitomir Pogrome vorgekommen seien. Manche versichern, dass in Gitomir sich ein Regiment Bolschewisten gebildet habe, welches die Pogromhelden vertrieb.

— Laut „Moment“ beträgt, nach Angaben von aus Berditschew kommenden Reisenden, die Zahl der Opfer des Berditschewer Pogroms, ungefähr hundert. Zu erwähnen ist noch, dass die den Pogrom veranstaltenden Banden sich absolut in keine Verhandlungen mit dem Stadtkommandanten einlassen wollten. (Stadtkommandant von Berditschew ist der Bundistenführer D. Lipièc, — alias Dr. Goldfarb — Anm. der J. P. Z.)

— Das vom Ukrainischen Bureau Lausanne, aus Kiew erhaltene Dementi scheint also, wenn die oben zitierten jüdischen Pressestimmen auf Wahrheit beruhen, nicht ganz den Tatsachen zu entsprechen. Allerding muss festgehalten werden, dass es sich in Berditschew und Gitomir nicht um einen regelrechten, von der Regierung und dem organisierten Militär veranstalteten Judenpogrom handelt, sondern um grössere Ueberfälle räuberischer Banden. Traurig genug, dass auch hier, wie überall stets, Juden die Hauptopfer sind. Wir hoffen, dass die den Juden sonst so wohlwollende ukrainische Regierung, und ganz besonders der neuernannte Minister für jüdische Angelegenheiten Rewuzki, energische Massregeln ergreifen werden, um die Wiederholung derartiger Vorfälle in der Zukunft zu verhindern. Den Anfang scheint man in Jekaterinoslaw bereits gemacht zu haben.

Paderewski und die Judenfrage in Polen.

Die Spezialkorrespondenten der „Times“ Israel *Cohen* und *Jeffries* wurden von *Paderewski* empfangen. Im Gespräch wurden die wichtigen Fragen der Judenpolitik im allgemeinen wie auch ganz besonders in Polen berührt. Paderewski erklärte, dass er sich in Amerika letztens viele jüdische Freunde erworben habe, denen er versprach, seinen ganzen Einfluss zur Besserung des Verhältnisses zwischen den Polen und den Juden zu verwenden, in welcher Richtung er auch tätig sein werde. Auf die Bemerkung der Korrespondenten, dass die jetzige Situation der Juden eine unmögliche sei, besonders wegen des unerhörten Terrors, der gegen die Juden auf den Strassen Warschaus ausgeübt werde, versicherte Paderewski, er habe von all dem keine Ahnung und drückte seine Entrüstung über diese Tatsachen aus. Zum Schluss ersuchte Paderewski die jüdischen Parteien, sie möchten ihm ein ausführliches Memorandum über die Situation vorlegen.

Auch das Mitglied des Vorläufigen Jüdischen Nationalrates, H. *Farbstein*, hatte eine einstündige Konferenz mit Paderewski. Man besprach das polnisch-jüdische Verhältnis. Zwecks allseitigster Besprechung dieser Frage verständigte man sich auf neuerliche Abhaltung längerer Beratungen. Aus dem Inhalt dieser Besprechung konnte man schliessen, dass Paderewski eine polnisch-jüdische Verständigung durchzuführen sich bemühe, und dass er in dieser Richtung energisch handeln wolle.

Die Französischen Ansprüche auf Syrien.

— *Paris.* (Funkspruch vom Eifelturm.) Das syrische Zentralkomitee in Paris hat von dem Komitee der Libanon-Syrier im Ausland und in den Kolonien 16 Telegramme erhalten, die sich bis auf eines, für die Wiederherstellung Syriens als Ganzes unter der alleinigen Leitung Frankreichs aussprechen. Bloß das Telegramm des Komitees von Manchester beschränkt sich auf die Forderung, daß Syrien unteilbar sein soll. Bei der Ueberreichung dieser Telegramme an den Ministerpräsidenten betonte der Präsident des syrischen Zentralkomitees Schekry Ganem, daß die genannten Komitees und die syrischen Vereinigungen von Nord- und Südamerika, von Westafrika und von Europa insgesamt 600,000 syrische Seeln darstellen.

— Die französischen Blätter erwecken den Eindruck daß die bereits gemeldeten Differenzen zwischen Frankreich und England hinsichtlich der Abgrenzung ihrer beiderseitigen Ansprüche in Kleinasien weitgehender Art sind. Der *„Matin“* und das *„Journal des Debats“* und andere Blätter entfalten eine rege Agitation für eine enge Verknüpfung der Republik mit Syrien; die Handelskammer der Stadt Marseille, der insbesondere an einem regen Handelsverkehr zwischen Marseille und Syrien gelegen ist, beruft einen syrischen Kongreß ein. Die Zeitungen lassen sich Sympatiekundgebungen von Syrern in Frankreich wie auch in Amerika telegraphieren, nach welchen die Syrer selbst verlangen, unter französisches Protektorat gestellt zu werden. (J. P. W.)

— Der von der Handelskammer in Marseille veranstaltete syrische Kongress gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für die Bestrebungen, zwischen Frankreich und Syrien ein besonders enges Verhältnis herzustellen. Aus dem Referate über Schulwesen war u. a. zu entnehmen, dass in den französischen Schulen Syriens 40 000 Schüler erzogen wurden. (In diese Zahl hat der Referent anscheinend die Schüler der Alliance Israélite Universelle mit einbezogen). (J.P.W.)

— *„Berliner Tageblatt“* meldet vom 30. Dezember aus Genf, daß Minister *Pichon* in der französischen Kammer erklärt habe: „Frankreich hat in der Türkei Rechte zu wahren, so im Libanon, in Syrien und *Palästina.* Wir sind der Ansicht, daß die Abkommen zwischen England und Amerika fortbestehen. (Gemeint ist das Abkommen von 1916, nach dem jedenfalls Galiläa (Nordpalästina) französisch werden sollte. Anm. der J.P.Z.) Auf eine Anfrage Cachins, was Briand darüber denke, antwortete Briand, es gebe hier nicht zweierlei Auslegungen“.

Protektorat der Koalition über Osteuropa.

Paris. Die hiesigen Zeitungen melden, dass die koalierten Mächte in Osteuropa, d. h. über Polen, Litauen,

Balkanmächte und die Ukraine das Protektorat übernehmen wollen, um sich vor den Angriffen der Bolschewisten zu schützen. („Gazeta Zydowska“.)

La Feuille über die Pogrome.

„La Feuille de Geneve“ gibt am 8. Januar in einem längeren Artikel betitelt „Die lärmenden Freunde der kleinen Nationen“ ihrem Befremden darüber Ausdruck, „dass es in der Schweiz Zeitungen gibt, wie „La Suisse“ und Gazette de Lausanne“, welche antisemitische Tendenzen verteidigen und sich darin gefallen, den Rassenhass immer mehr zu verbreiten, während alle Herzen, die von Gerechtigkeit erfüllt sind, mit Entrüstung gegen die Anstifter der abscheulichen Pogrome Stellung nehmen. Es ist nicht opportun sich mit den Reaktionären im Osten, in diesem Falle mit den polnischen Machthabern, die kaum frei geworden, die jüdische Bevölkerung zu würgen begannen, zu verbrüdern, und die *Schuldigen als unschuldig* hinzustellen. Die Schuld liegt augenscheinlich an den Banden der Deserteure, sie sind es vielleicht allein, die geplündert, geschändet, getötet haben. Aber ist es nicht unter *dem wohlwollenden Blick der führenden Klassen geschehen?* Welche sind im Grunde die Ursache der Pogrome? Eine allgemeine Unzufriedenheit tritt auf, infolge einer Krise, die sich durch Unruhen zu manifestieren droht. Es handelt sich darum, den Zorn der Masse alsbald abzulenken. *Man braucht einen Sündenbock und das ist unvermeidlich der Jude.* Er ist es z. B. welcher zum Urheber des Krieges mit all seinen unglückseligen Konsequenzen wird. Schwere Bestrafungen werden daher gegen ihn gefordert. Da aber die nichtjüdische Bevölkerung nicht die Summe des Hasses besitzen würde, die nötig wäre, um den angeblichen Feind zu vernichten, so proponiert man, ihr eine erhöhte Dosis einzugeben. Plötzlich tauchen patriotische Verbände auf, die Versammlungen einberufen, Boykotts arrangieren, Plakate gegen den gemeinsamen Feind anbringen und die Volksmasse zur Rache aufstacheln. Und eines Abends beginnt das Judenmassaker, um oft erst nach Verlauf einer Woche auf Intervention der Behörden, die sich auf die Truppen stützt, aufzuhören. Dann kehrt die Ordnung wieder. Hunderte von Juden gestorben, Tausende im Elend, die Leidenschaften der Volksmasse befriedigt, die Gefahr also beseitigt. Schnell ein Telegramm an die benachbarten Staaten, welches versichert, dass die Unruhen aufgehört haben und . . . bis zu den nächsten. So geschah es im Reiche der Zaren und die herrschenden Klassen in Polen, die sich bereits auf diesem Gebiete früher ausgezeichnet haben, setzen einfach dieses ihr Spiel fort, nachdem sie sich selbst vom fremden Joche befreit haben“. (gekürzt wiedergegeben J. P. Z.)

Rumänische Drohungen.

Eigener Drahtbericht.

Der Antisemitismus in Rumänien wächst nach einer soeben eingegangenen Meldung aus Budapest andauernd. Den Führern der rumänischen Judenbewegung, die von Bratiann empfangen wurden, wurde sofortige Verhaftung angedroht, falls sie die Agitation für die Gleichberechtigung der Juden in Rumänien fortsetzen sollten. Die rumänische Regierung fordert eine ausdrückliche schriftliche Verpflichtung der Juden, jede Agitation in jüdischen Angelegenheiten bis zur Beendigung der Friedenskonferenz ruhen zu lassen. In jüdischen Kreisen ist man überzeugt, daß die rumänische Regierung, vor allem Bratianu, eine Hebung der Lage der Juden durch die Friedenskonferenz befürchtet.

Ein jüdischer Nationalrat hat sich in der Bukowina gebildet, der die Judenheit des gesamten Landes in sich schliesst. Die Forderung einer völkerrechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina wurde in das Programm des Nationalrates aufgenommen. Mit Rücksicht darauf, dass die Bukowina von Rumänien besetzt und der Verkehr mit Rumänien unterbrochen ist, hat der Nationalrat die Verpflichtung übernommen, auch die Interessen der Juden Bessarabiens und Rumäniens zu vertreten.

— „Wiener Morgenzeitung“ schreibt:

In Bukarester politischen Kreisen wurde bald nach Proklamierung der Vereinigung Rumäniens mit der Bukowina die Frage der bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung aller rumänischen Untertanen ohne Unterschied der Religion diskutiert. Diese Frage beschäftigte auch das rumänische Ministerium, nachdem viele besetzte Gebiete des früheren Oesterreich-Ungarn unter rumänische Herrschaft kamen und die Juden dieser Gebiete schon vorher volle bürgerliche und politische Gleichberechtigung besassen. Nun wurde auch die Frage akut, ob man den Juden in Rumänien selbst, diese Rechte geben soll. Man darf jedoch nicht glauben, dass Rumänien sich ernstlich mit einer radikalen Lösung der Judenfrage beschäftige. Die Herren *Bratianu* und *Jonescu* sind daran gewohnt, dass Reden und Tun zwei verschiedene Dinge sind und trachten daher mit diplomatischen Noten der Welt Spreu in die Augen zu streuen. In einem Programm der, unter Führung von Bratianu stehenden, national-liberalen Partei heisst es: „Im Momente, wo wir alle mit Freude das neugegründete Rumänien begrüssen, ist es natürlich, dass wir auch die Judenfrage einer gerechten Lösung zuführen müssen. Wir müssen — meint Herr Bratianu — ein grosses Mass von Rechten, allen jüdischen Bürgern Grossrumäniens geben.“

Diese Worte genügen, um die dunklen Absichten des rumänischen Ministeriums zu illustrieren. Bratianu redet von einem grossen Mass von Rechten, vergessend, dass den freien Juden der besetzten Gebiete diese Rechte niemals nach Mass oder Gewicht zugemessen waren. Wenn die national-liberale Partei in ihrem Programm so deutlich verspricht, die demokratischen Grundsätze gegen alle anderen Kreise und Klassen des rumänischen Volkes anzuwenden, weshalb begnügt sie sich mit blossen „Erleichterungen“ für uns Juden. Diese Politiker sind gewohnt, was Judenrechte anbe-

langt, verklausuliert zu sprechen, um die Welt zu narren. Die rumänischen Politiker müssen jedoch wissen, dass mit blossen Worten und halben Versprechungen wir uns heute nicht mehr zufrieden stellen lassen.

Dass diese gerechte Forderung in Erfüllung geht, wird eine der wichtigsten Aufgaben der jüdischen Delegierten beim Friedenskongress sein.

— (Wir lesen im „Der Kirchenfreund„ Basel vom 1. Januar 1919, in einem Artikel „Die Not der Protestanten in Ungarn und Litauen“ folgendes:

„Da die Rumänen . . . zudem kulturell gegenüber dem protestantischen Ungarn sehr rückständig sind, kann man wirklich von einer Bedrohung des Protestantismus in Transleithanien und Siebenbürgen reden. Die protestantischen Kirchen setzen deshalb ihre Hoffnung auf die Fürsprache der protestantischen Kirchen in den Ländern der Entente und in den neutralen Ländern.“)

Nicht nur die Juden, auch die Protestanten rufen also die Alliierten gegen die Bedrohung durch Rumänien an.

Chronik.

Polen.

Paderewski über den Antisemitismus.

In seiner Rede im Rathaus sagte Paderewski u. a.: Der Antisemitismus ist die größte Schande der Gegenwart. Wir dürfen zwischen den Bürgern Polens keinen Unterschied machen. Wir müssen *allen polnischen Bürgern* gleiche Rechte zuerkennen, nicht achtend auf Unterschiede des Blutes oder der Religion, da wir Alle gegen Polen dieselben Pflichten und Lasten haben.

Die polnische Regierung und die nationale Autonomie der Juden.

Warschau. Das Bureau des Ministerpräsidiums wandte sich an das Zentralkomitee der Zionistischen Partei wie auch an die jüdische Volkspartei mit der Bitte, ehestens, in allen Einzelheiten ausgearbeitete, Programme der national-kulturellen Autonomie der jüdischen Bevölkerung Polens, vorzulegen. Diese Bitte wurde mit der Notwendigkeit, Material für das Projekt der Konstitution der polnischen Volksrepublik zu sammeln, motiviert.

Erwähnte Parteien sind bereits an die gründliche und genaue Formulierung ihres Standpunktes in der Frage der Autonomie herangetreten.

— Warschau. Bei der Konstituierung des Obersten Polnischen Nationalrates wurden auf 50 Repräsentanten 4 Mandate den Vertretern der jüdischen Parteien zuerkannt. (Polnische Telegrafenagentur).

— *Warschau.* Die englischen Journalisten *Fisher* und *Jeffries* besuchten das derzeit in Warschau weilende Mitglied der Krimer Regierung Josef *Schreiber.* Die Nachricht von den Drangsalierungen der Juden auf den Nalewki (Judenviertel) machte auf die englischen Korrespondenten sehr grossen Eindruck. Diese Journalisten, erzogen in freien und wirklich demokratischen Ländern, konnten nicht begreifen, wie die jüdische Bevölkerung sich derartige Übergriffe, von denen die ganze kulturelle Welt weder Ahnung noch Begriff habe, bieten lassen könne. *In Amerika herrscht* nach den Erklärungen des Herrn Fisher *grosse Entrüstung über die letzten Vorfälle in Polen.* Das amerikanische Volk hat nicht erwartet, dass die kulturellen Polen an der Schwelle ihrer Freiheit sich derartig barbarischer Taten schuldig machen würden. Die Männer des Mittelalters könnten dagegen als „Kulturträger“ gelten. Zum Schluss erklärte Fisher: Sie dürfen den Juden im Namen aller jüdischen Bürger Amerikas erklären, dass sie nicht so verlassen seien, als sie glauben. Ihre Brüder in England und Amerika *reagieren auf jeden Tropfen vergossenen jüdischen Blutes.* Die Arbeit derjenigen Elemente, die die Pogrome bagatellisieren wollten, erwies sich erfolglos. Die jüdischen Milliardäre in Amerika beabsichtigen einen sehr reichlichen Fonds zwecks Unterstützung der durch die antijüdischen Exzesse in Polen Geschädigten zu sammeln. Es ist wahrscheinlich dass diese Gelder schon in allernächster Zeit nach Polen geschickt werden.

— Reuter verbreitet die Nachricht, daß die *zionistischen Organisationen* in London unwiderlegliche Beweise für Pogrome besitzen. Reuter fügt hinzu, daß es in England befremdend wirkt, daß, während die englische Kommission in Polen weilt, um eine Untersuchung über die Pogrome anzustellen, die Polen durch Dementis versuchen, das Ergebnis dieser Untersuchung vorweg zu nehmen und die Berichte über Pogrome zu dementieren.

— *Wloclawek.* Der Warschauer „Moment“ berichtet, dass am 5. und 6. Januar Judenexzesse in Wloclawek stattgefunden haben. Die Polizei verhielt sich passiv. Am Dienstag wurde der Belagerungszustand erklärt. Der „Moment“ bringt eine lange Liste der verwundeten Juden.

— *Warschau.* Der bekannte jüdische Literat H. D. *Nomberg* hat vor einigen Tagen im „Moment“ einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten Moraczewski gerichtet. Dieser Brief machte auf den polnischen Gelehrten und Publizisten Professor *Baudoin de Courtenay* einen so grossen Eindruck, dass er spontan die Redaktion des jüdischen „Dziennik Poranny“ aufsuchte und dieser Zeitung seine Mitarbeiterschaft anbot.

Dawid Friszmann in Warschau.

Warschau. Aus Moskau kam hierher der bekannte jüdische Schriftsteller Dawid Friszmann, um hier die von ihm bisher in Moskau redigierte, hebräische Zeitschrift „Tkufah„ herauszugeben. Das Leben in Moskau beschreibt Friszmann in den schwärzesten Farben.

Konferenz der „Tewuna“ in Warschau.

Vom 7. bis 9. Januar fand in Warschau die erste Konferenz der jüdischen orthodoxen Jugend in Polen statt. Vorsitzender war Rabbiner *Najfeld* aus Nowy Dwor. Die Beratungen waren geheim. (Die Organisationen „Tewuna“, „Zeire-Jehuda“ u. a. wurden in Polen auf

Initiative der antizionistischen Organisation „Agudath-Haorthodoxim“ gegründet. Allmählich übergingen sie jedoch zur Opposition und trennten sich zuletzt ganz von ihrer mütterlichen Organisation. Ihr Organ „Tewuna“ bekämpft sehr scharf die Partei der „Agudath-Haorthodoxim“. Anm. der „Gazeta Zydowska“).

Bolschewismus und Juden.

Der „Sztandar Socyalizmu“, das Organ der Warschauer Kommunisten schreibt: „In der „Gazeta Warszawska“ und „Dwugroszówka“ finden wir folgende Notiz: „Die aus Rußland zurückehrenden Flüchtlinge berichten, daß zugleich mit den ins Land zurückkehrenden Polen auch eine Unmasse Juden herzieht, da für sie die gegenwärtige sozialistisch-bolschewistische Gesellschaftsordnung mit ihrem Aufheben des Privateigentums, keine Möglichkeit des privaten Handels mehr bietet. Dieser jüdischen Ueberflutung müssen wir kategorisch Einhalt tun.“ Tag für Tag predigen diese Zeitungen, daß der Bolschewismus nur das Werk der Juden sei, und hier zeigt sich plötzlich, wie glänzend die Juden beim Bolschewismus abschneiden. Dieselben Zeitungen müssen nun gestehen, daß sie frech gelogen haben, denn sie selbst schreiben ja, daß die jüdischen Kapitalisten unter der bolschewistischen Gesellschaftsordnung so sehr gelitten haben. Dieses hindert jedoch nicht die Antisemiten, auch weiterhin zu verkünden, daß der Sozialismus sowohl in Rußland als auch bei uns im Dienst der Juden steht.“ (Das Erscheinen des „Sztandar Socyalismu“ wurde von der neuen polnischen Regierung eingestellt. Anm. der „J.P.Z.“)

Galizien.

Zwangsarbeit in Lemberg.

Laut Warschauer „Moment“ zwingt man in Lemberg auch weiterhin die jüdischen Bürger ohne Rücksicht auf den Stand zu Zwangsarbeiten. So zwang man den bekannten Assimilanten Dr. Herrschtal zu schweren Hilfsdiensten. Es kam auch vor, dass man aus Synagogen Juden vom Gottesdienst holte, und sie zu schweren Arbeiten, wie Kohlentragen, u. ähnl. zwang.

— In den Lemberger Zeitungen wird andauernd gegen die Juden gehetzt. Das jüdische „Lemberger Tageblatt“ muß zur Zeit neben den hebräischen auch in lateinischen Lettern erscheinen, wodurch die finanzielle Existenz des Blattes in Frage gestellt ist.

— Die französische Regierung hat die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Galizien beschlossen. Diese soll die Vorgänge während der Pogrome untersuchen und die Schuldigen ausfindig machen.

— „Jewish Chronicle“ berichtet, daß sich Herr Josef *Prag*, der Delegierte des Joint Comitte of the Board of Deputies and the Anglo Jewish Association nach Lemberg zur Untersuchung der dortigen Vorfälle begeben hat.

— General Roszwadowski hat in Ostgalizien die Mobilisierung der Jahrgänge 1883 bis 1901 angeordnet.

— Laut „Jüdische Morgenpost“ wurden in *Ropczyce* und *Tarnobrzeg* viele jüdische Geschäfte ausgeplündert. Die Panik ist unbeschreiblich.

Ukraine.

Pogrom in Jekaterinoslaw.

Warschau. Der Provisorische Jüdische Nationalrat berichtet: Die berüchtigte „Machnowsche Bande“ überfiel bewaffnet mit Gewehren und Kanonen Jekaterinoslaw und Umgebung, und beraubte und ermordete jeden der ihr in den Weg kam. Die Bande vereinigte sich dann mit den Bolschewisten aus Jekaterinoslaw und begann die Stadt zu beschiessen. Nachdem 1200 Schüsse auf das Zentrum der Stadt abgegeben waren, drangen die Banditen in die Stadt ein und begannen zu morden und zu plündern. 1500 Einwohner wurden getötet, darunter viele Juden. *Truppen Petluras* vertrieben dann die Banditen und verfolgten sie bis zum Dniepr. Viele Banditen fanden in den hochgehenden Wellen des Flusses den Tod.

— Wie uns das „Bureau Ukrainien Lausanne“ telegraphisch mitteilt, protestiert der jüdische Nationalrat Wien gegen die in Hervés „Victoire“ angeführte Statistik Ostgaliziens, worin die Juden den Polen zugezählt wurden.

— *Kiew*. In die ukrainische Friedensdelegation sind 2 jüdische Repräsentanten, Senator *Margolin* und *Laski* (Name im Telegramm verstümmelt) gewählt worden.

Mobilisation der Polen in Odessa.

General Zeligowski dekretierte die Mobilisierung aller, im militärpflichtigen Alter stehenden Polen Odessas.

— *Kiew*. Der Poale-Zionist Rewutzki wurde zum Minister für jüdische Angelegenheiten ernannt.

— *Odessa*. M. M. Ussischkin begab sich von hier nach London, um dort an den Beratungen über die Palästinafrage teilzunehmen.

Jüdische Weltkonferenz.

Das jüdische Pressbüro Kiew meldet: Laut dem Beschluss der jüdischen Nationalversammlung in der Ukraine unternahm das jüdische Nationalsekretariat die ersten Schritte zur Vorbereitung der jüdischen Weltkonferenz, die endgültig die Forderungen des jüdischen Volkes an die Friedenskonferenz formulieren und für ihre Verteidigung eine nationale Repräsentation schaffen soll. Das Sekretariat wandte sich mit seinem Rundschreiben an die Präsidenten der Hauptstadtgemeinden Polens und Weissrusslands wie auch an die Zentrale der jüdischen Organisationen Litauens mit dem Vorschlag, in kürzester Frist die Nationalversammlungen auf demokratischer Grundlage einzuberufen, um Beschlüsse über alle Fragen des jüdischen Lebens zu fassen und Vertreter zur jüdischen Weltkonferenz zu wählen. Sobald der Bahn- und Telegraphenverkehr hergestellt sein wird, wird das Nationalsekretariat denselben Vorschlag auch an die Judenheit

Deutschlands, Englands, Amerikas und aller anderen Staaten richten.

Russland.

Das Leben der Juden in Moskau.

Der Kiewer „Wieczernij Goloss“ meldet aus Moskau: Jedes gesellschaftliche Leben ist für uns unterdrückt. Alle Organisationen sind verpflichtet, beim Soviet um Legalisierung nachzusuchen. Die zionistische Organisation hat ihre Tätigkeit vollständig eingestellt. Es gibt keine Konferenzen, Referate, Vorträge mehr, die Tausende Zuhörer anzulocken pflegten, ebenso keine Konzerte der jüdischen Volksmusik. Unlängst wurde in einem Dekret *die zionistische Bewegung als konterrevolutionär erklärt.* Aber nicht nur dies bewog die Zionisten zum Abbruch ihrer Arbeit sondern auch die ungünstige allgemeine Situation. Von allen jüdischen Parteien ist in Moskau jetzt einzig die poale-zionistische tätig. Von kultrellen Institutionen machen sich jetzt nur die Dramatische Gesellschaft „Tarbuth„ und die Vereinigung ,,Habamah“ bemerkbar. Der ,,Wieczernij Goloss“ schliesst: Finster und traurig sieht es jetzt in der Judengasse Moskaus aus. Alles zerfiel. Das jüdische Leben ist einfach stehen geblieben.

Zur Judenfrage im Kubangebiet.

In Jekaterinodar fand eine jüdische Protestversammlung gegen die Ausweisung der Juden statt. Auf eine diesbezügliche Beschwerde erklärte der Ministerpräsident *Bytsch* dass keine Aufenthaltsbeschränkungen für die Juden bestehen, es handle sich um ein Missverständnis untergeordneter Polizeiorgane, die die Verfügungen der Regierung über die Bekämpfung des Wuchers zu einem Kampfmittel gegen das Judentum benutzen.

Die russischen Juden für die hebräische Universität.

Um das nötige Material für die Jerusalemer hebräische Universität vorzubereiten, hat ein Zentralkomitee der russischen zionistischen Organisation ein spezielles Komitee gewählt, das sich aus den Herren J. D. Bruzkus, A. B. Salkind, A. D. Idelson, R. B. Rubinstein, u. Saul Tschernichowsky zusammensetzt. Ferner wurden je ein Vertreter der juristischen medizinischen, technischen und philosophischen Fakultät in das Organisations-Komitee gewählt. Die Gesellschaft „Mada“ hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und bereitet wissenschaftliche hebräische Wörterbücher und die Uebersetzung wissenschaftlicher Werke ins Hebräische vor. In Moskau wurde eine jüdische philosophische Gesellschaft gegründet, um die philosophische Fakultät an der Universität vorzubereiten.

Deutsch-Oesterreich.

Austritt der jüdischen Sozialdemokratie aus dem Jüdischen Nationalrat für Deutsch-Österreich.

In der letzten Sitzung des Jüdischen Nationalrates kam es zu starken Zusammenstössen zwischen der Gruppe der jüdischen Sozialisten und der zionistischen Majorität im Jüdischen Nationalrat. Die politischen Gegensätze dieser Parteien, die infolge der gegnerischen Stellung der Sozialisten gegen das jüdisch-nationale Wahlprogramm sehr verschärft waren, haben dazu geführt, dass die jüdisch-sozialistische Gruppe nun aus dem Jüdischen Nationalrat ausgetreten ist.

— Der polnische Bevollmächtigte in Wien hat alle galizischen Juden, die in den Jahren 1883 bis 1900 geboren wurden und sich gegenwärtig in Wien aufhalten, aufgefordert vor einer Assentierungskommission für das polnische Heer zu erscheinen.

— Die christlich-soziale Partei erkennt in ihrem Wahlaufruf die Juden als eigene Nation an.

Ungarn.

— *Budapest.* In der Redoute hat am 13. Januar eine grosse Demonstrationsversammlung für die Beibehaltung des obligatorischen Religionsunterrichts stattgefunden, an der *sämtliche* Konfessionen Ungarns durch ihre kirchlichen und weltlichen Führer vertreten waren. Ludwig *Hartstein,* Vizepräsident der Orth. Landeskanzlei vertrat die Juden. Der einstimmig angenommene Beschlussantrag wird dem Präsidenten der Volksrepublik und dem Kultus- und Unterrichtsminister zur Kenntnis gebracht werden.

Deutschland.

— Auf dem zionistischen Delegiertentag vom 26. Dezember in Berlin referierte *R. Lichtheim* über die künftige Besiedelung Palästinas. Auf Grund der Studien ernster Palästinakenner, so des Nationalökonomen Ruppin und Agronomen Oettinger, glaubt er, daß nach vorsichtiger Schätzung in Palästina innerhalb 30 Jahren 1½ Millionen Juden inklusive Nachwuchs angesiedelt werden könnten. Die Kosten zur Ansiedlung, zur Gründung von Industrien usw. dürften etwa 2¼ Milliarden betragen. Lichtheims Ausführungen wurden von anderen Palästinakennern bekämpft, die an eine bedeutend schnellere Besiedlung Palästinas glauben.

— Der Bayrische Ministerpräsident Kurt *Eisner* erklärte unlängst in einer Rede, dass er, obwohl bereits seine Eltern gar keine Beziehungen zum religiösen Judentum hatten, stolz sei, ein Jude zu sein.

Frankreich.

Die französische Regierung und die Pogrome.

Das „Jüdische Korrespondenzbureau Bern-Zürich“ meldet: Der französische Deputierte Maurice *Muth* befragte den Minister des Aeussern über die Haltung der französischen Regierung zu den polnischen Pogromen. Der Minister erklärte, daß die Regierung dem Oberkommandierenden im Orient den Auftrag erteilte, eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle zu senden. Sie ersuchte auch das von den Alliierten anerkannte polnische Nationalkomitee seinen Einfluß aufzubieten

um den Unruhen ein Ende zu machen. Die französische Regierung berät sich ständig mit der englischen, um noch andere Mittel zur Beruhigung ausfindig zu machen. Beseelt von der Tradition der Gerechtigkeit wird sie alles tun, solche Gewalttaten zu verhüten, und wenn es nötig sein wird, auch einzustellen.

England.

Freigabe des Handels mit Palästina und Syrien.

Das „Board of Trade“ hat soeben eine allgemeine Erlaubnis für die Wiederaufnahme des Handels mit Palästina und Syrien (bis zur Grenzlinie Alexandrette-Aleppo und östlich der Hedschasbahn) erteilt und die Warenkategorien aufgezählt, mit denen nach den genannten Ländern gehandelt werden darf. Demnach dürfen sämtliche Artikel, die zur Zeit dem Ausfuhrverbot aus England nicht unterstehen, nach dem Orient verschifft werden. Für den Import von Waren aus den obgenannten Gebieten nach England sind noch besondere Einfuhrerlaubnisse notwendig. „N.Z.Z.“

— Der Herausgeber der *„Jewish Daily Forwards*, New-York, *Abe Cahan*, gegenwärtig in Paris, veröffentlicht ein Interview mit *Lloyd George*, in welchem dieser mitteilte, dass Wilson mit ihm das zionistische Problem in befriedigender Weise *(satisfactorily)* besprochen habe. Die Verwirklichung, der von der amerikanischen und der englischen Regierung gleichermassen gegebenen Zusicherungen, hinsichtlich der Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, sei demnach gesichert.

Ein Pogrombericht für London.

Das Kopenhager Zionistische Büro berichtet: Das Auslandskomitee des Board of Deputies und der Anglo Jewish Association hat aus massgebender Quelle einen eingehenden Bericht über die Pogrome in Polen erhalten, aus dem klar hervorgeht, dass die Pogrome von der Partei der polnischen Nationaldemokraten und Regierungskreisen planmässig organisiert waren, während die Intelligenz nichts tat, um die Ausschreitungen zu verhindern. Der Bericht stellt eine schwere Anklage gegen die Polen dar.

— *Weizmann* und *Sokolow* erhielten von der englischen Regierung die Zusage, daß sie gegen die Pogrome einschreiten werde.

— Bei der Misrachi Konferenz in Manchester wurde u. a. auch die Herausgabe einer hebräischen Zeitschrift beschlossen.

Der zionistische Kongress in London.

Aus Stockholm wird telegraphiert: Die alliierten Regierungen haben ihre Einwilligung dazu erteilt, daß an dem vom 11. bis 13. Februar 1919 in London stattfindenden Zionistenkongress neben den zionistischen Organisationen der alliierten und neutralen Länder *auch die im ehemaligen österreichisch-ungarischen Gebiete befindlichen zionistischen Organisationen teilnehmen.*

— Das Kopenhagener Zionistische Bureau meldet: Zur Londoner Zionistischen Konferenz werden nur die *jugoslavischen, tschechoslovakischen* und eventuell auch die *galizischen* Zionisten zugelassen, dagegen *nicht die Zionisten aus Deutsch-Oesterreich und Ungarn.* Das Resultat einer Intervention in London bleibt noch abzuwarten.

— *London.* Die zionistische Konferenz beginnt am 11. Februar und dürfte 3 Tage dauern. Die Delegiertenwahl findet auf Grund Paragraph 40 des vom 10. zionistischen Kongress angenommenen Statuts statt. Das Londoner zionistische Büro berichtet, daß diese Konferenz nicht den Charakter einer allgemeinen zionistischen Konferenz haben wird; eine solche wird jedoch womöglich in allerkürzester Zeit einberufen werden.

Amerika.

— Die „Basler Nachrichten“ melden aus New-York: Die amerikanische Regierung hat ihre Einwilligung erteilt, dass England das Protektorat über den zu errichtenden jüd. Staat in Palästina als Beauftragter des Völkerbundes übernehmen soll.

— *Kopenhagen.* Die Zionistische Organisation in New-York erhielt von Kardinal Gibbons einen Brief, in welchem er sein volles Einverständnis mit der englischen Deklaration in der Palästinafrage erklärt.

Palästina.

Chinesische Judenkolonie in Palästina.

Chinesische Juden beschlossen eine besondere Kolonie in Palästina zu gründen. Herr Kadoorie hat zu diesem Zweck dem Jewish Colonial Trust bereits 50,000 Pfund überwiesen.

— Dr. *Eder*, der derzeitige Vorsteher der zionistischen Palästinakommission, ist von Palästina abgereist, um in England über die palästinensischen Arbeitspläne Bericht zu erstatten.

Palästina.

Palästina ist heute mehr als zur Hälfte brachliegend, die bearbeiteten Landstriche ergeben infolge der schlechten Arbeitsmethoden der unkundigen arabischen Bevölkerung, eine unter dem Durchschnitt zurückbleibende Ernte, die einst blühenden Terassenkulturen sind vollständig vernachlässigt und das Land des Oelbaumes und der Rebe produziert eigentlich nur in den jüdischen Kolonien Wein und Südfrüchte, deren Qualität allerdings erstklassig ist. Reiche Wassermengen, die zu Bewässserungs- und Kraftzwecken verwendet werden können, fliessen nutzlos ins Mittelländische oder Tote Meer ab, bedeutende Phosphatlager und Asphaltquellen (im und um das Tote Meer) werden entweder gar nicht oder erbärmlich ausgebeutet, und der Verkehr in diesem so zentral gelegenen Lande war bis vor ein paar Jahren unglaublich schlecht und unsicher. Nun ist Palästina, dank seiner geographischen Lage — zwischen Aegypten und Syrien, an der Küste des Mittelmeers — dazu ausersehen, ein idealer Vermittler und Hauptknotenpunkt zu werden zwischen Südosteuropa und Vorderasien-Arabien. Palästina besitzt aber noch eine

Eigenschaft, die für seine rasche Entwicklung von grosser Bedeutung ist: es ist ein vorzügliches Touristenland. Wie die Schweiz, Italien, Aegyten und Griechenland, besitzt Palästina neben den natürlichen Reizen die in Galiläa zu hehrer Pracht und berückender Schönheit emporsteigen, auch viele historische und die meisten religiösen Altertümer der Welt. Heute, wo die Gefahren der Reise beseitigt sind und das Land infolge der Einbeziehung in das britische Reich auch verkehrstechnisch besser als vorher stehen wird, ist ein Touristenverkehr zu erwarten, der in die Hunderttausende gehen wird, wie man sie in den wenigsten europäischen Ländern kennt. Schon entwirft man in Jaffa und Jerusalem Baupläne für grosse, moderne Hotels, für die Anlage von Wasserwerken und Strassenbahnen, für neue, gut ausgestattete Wohnhäuser, für die grossen Hafenanlagen in Haifa und Jaffa, und die Vorbereitungen für die kommende grosse Zuwanderung werden von Fachleuten betrieben. Jüdische Agronome und Ingenieure studieren die Möglichkeiten für die Ausdehnung der Kulturen und namentlich der so nutzbringenden Plantagen im Küstengebiet. In Jaffa ist der Boden für ungefähr tausend neue Häuser seit Jahr und Tag parzelliert, mit Wasserleitungen versehen und zum Teil auch in Strassen und Viertel eingeteilt. Entwürfe für die Versorgung Jaffas mit Elektrizität unter Benützung des nahen Audschawasserlaufes, der zugleich auch für die Bewässerung von einigen hundert Orangerien benützt werden soll, sind bereits in Ausarbeitung. Die Errichtung eines neuen Stadtteils in der Umgebung der Universität in Jerusalem wird studiert. Durch die ausgezeichnete Verbindung mit Damaskus ist Haifa ausersehen, der grösste Hafen des Landes zu werden. Die Karmelstadt wird demnächst ein Welthafen von grosser Bedeutung werden, da durch die prachtvolle Akkabucht auch die Voraussetzungen für einen natürlichen Hafen vollauf gegeben sind. Beersewa, das vor drei Jahren von Jerusalem aus durch mehr als zweitägige Reise kaum zu erreichen war, ist heute Eisenbahnknotenpunkt auf dem Wege zwischen Kairo und Damaskus-Aleppo, während es anderseits die Küste mit der Hedschasbahn verbindet und später diese Verbindung bis gegen den Akabazipfel des Roten Meeres verlängert wird. Dass unter diesen Umständen die kleine Ortschaft inmitten der fruchtbaren Gerstenfelder und fetten Weiden in einigen Jahren eine Grosstadt zu werden bestimmt ist, liegt auf der Hand. Aehnlich wird es auch Jericho ergehen. Der Bau einer Transversaleisenbahn Jerusalem-Salt ist bereits vorgesehen und wird über Jericho abgesteckt werden, so dass die alte Palmenstadt wiederum zu neuer Blüte erstehen wird. Hebron, Nazareth, Sichem, Tiberias, Safed, alles Orte, die an wichtigen Verkehrskreuzungen liegen, heute aber entsetzlich heruntergekommene Schutthaufen und Schmutzherde bilden, oder infolge Mangels an richtigen Wegen abseits vom Verkehr liegen, werden durch einige gute Strassen und Bahnen zu bedeutenden Städten und zu Zentren für die umliegenden Dörfer und Kolonien werden. Die Verbesserungen des Verkehrs werden dann gestatten, dass die Produkte der einzelnen Striche, die heute schlechten Absatz und kaum lohnende Ausbeute finden, für In- und Auslandbedarf rasch und sicher verfrachtet werden können. Der Fischreichtum des Genezarethsees, die Seifenerzeugung in Samaria und die herrlichen Gemüse des Jordantales werden nun über das ganze Land verteilt werden können. Handwerk und Industrie, Handel und Technik, Fremdenverkehr und Hotellerie werden in Palästina-Syrien einen Aufschwung nehmen, wie ihn diese Länder vielleicht nie erreicht hätten, wenn sie unter der bisherigen Misswirtschaft verblieben wären.

Schon rüsten sich Massen von jüdischen Arbeitern und Handwerkern für die Abreise nach dem ersehnten alten Heimatlande, schon bereiten sich die grössten Handelshäuser der Welt vor, den durch vier Kriegsjahre aufs äusserste verschärften Warenhunger des gesamten Orients zu stillen und ihre Niederlassungen in den zukunftsreichen Gebieten einzurichten.

(Dr. A. B. in der „Neuen Zürcher Zeitung".)

Schweiz.

Valutaschieber.

Die nicht im Rufe besonderer Judenfreundlichkeit stehende „Basler Nachrichten" vom 19. Januar schreibt unter obigem Titel:

Die sogenannten Valutaschieber, von denen soviel die Rede ist, sind, wie wir dem *Bericht der Zürcherischen Polizeidirektion* über die Behandlung der Ausländer während der Kriegszeit entnehmen, besser als ihr Ruf. Schon der Ausdruck „Valutaschieber" ist unzutreffend. Hier handelt es sich um Trottoiragenten, also Makler von Banken und Kapitalisten. Diese Makler sind zum Teil Bankjuden, sie stehen an den Banken, *und ihr Gehaben fällt auf, aber ihre Geschäfte schaden niemandem* Die Zahl dieser Leute ist klein, nur der Umstand, dass sie immer wieder an den gleichen Orten gesehen werden, weckt den Glauben, es seien ihrer eine Menge. Man hat sie nun veranlasst, diese Auffälligkeit zu meiden. Ausweisen kann man sie nicht. Neuestens ist ihnen auch eine neue Konkurrenz durch Christen uud Schweizer erwachsen, deren Zahl aber grösser ist, nur fallen sie weniger auf. Im übrigen ist infolge von Kursstürzen der „Valutaschieber" zur Zeit fast erledigt.

Presse.

— Ab 15. d. M. erscheint in Wien die „Jüdische Morgenpost" in jüdischer Sprache unter der Leitung und Redaktion der früher in jüdischer Sprache erschienenen „Wiener Morgenzeitung".

— In Litauen erscheinen in letzter Zeit 7 neugegründete jüdische Zeitungen. In Wilna „Letzte Naies", „Unser Stimme", „Communist" und „Die Woch", in Grodno „Unser Wort", in Byalostock die „Byalostocker Zeitung" und „Unser Frajheit". Mit Ausnahme des „Communist" und „Die Woch" sind dies alles Tagesblätter.

— Die bolschewistische Regierung in Moskau lässt ein jüdisches Organ vom 1. Januar ab, unter dem Namen „Emes" (Die Wahrheit?!!) als Tageblatt erscheinen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z." erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich